

Aktiv werden gegen die Renaissance der Atomkraft

Keine neuen Atomkraftwerke! Euroreaktor EPR stoppen!



Während sich in Deutschland große Teile der früheren Anti-Atom-Bewegung mit dem „Atomkonsens“ als das scheinbar maximal erreichbare „befriedet“ abfinden, treiben Atomindustrie und ihre Lobbyisten in der Politik die Renaissance der Atomkraft massiv voran. Im Schatten des deutschen „Atomausstiegs“ arbeiten u. a. die Atomkonzerne EnBW, EDF, Siemens und

Areva (Siemens/Framatome) massiv an der Durchsetzung neuer Atomkraftwerke in Europa. Mit dem EPR (European Pressured Reaktor) sollen die atomaren Weichen für das dritte Jahrtau-

send gestellt werden. Seit Anfang des neuen Jahrtausends hofft die Branche auf neue Aufträge, da nicht nur alte Atomkraftwerke (aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit) stillgelegt werden, sondern ab etwa 2005 europaweit auch ein Großteil der konventionellen Kraftwerke ersetzt werden muss. Siemens/Framatome wollen mit ihrem „Euro-Druckwasserreaktor“ von 1600 Megawatt Leistung ins Geschäft kommen. Bei dem EPR geht es nicht um ein AKW in Finnland oder Frankreich, sondern um ein vorzeigbares Referenzmodell für den Weltmarkt. Mit einer geschickten Akzeptanz - Kampagne wird dieser Reaktor-Typ als umwelt- und klimafreundliche, nachhaltige Art der Energiegewinnung beworben. In Wahrheit ist der EPR-Reaktor keinesfalls sicherer als existierende Anlagen, obwohl die Hersteller dies gerne behaupten. Er beinhaltet dasselbe Störfallpotential und produziert, da größer, noch mehr Atommüll als bisherige AKWs. Auch der EPR birgt das Risiko eines schweren Kernschmelzunfalls mit entsprechenden Folgen für Mensch und Umwelt.

AKW-Neubau in Europa – Stand der Dinge

Nach dem Willen der AKW-Befürworter soll Europas erstes neues Atomkraftwerk dieses Jahrtausends in Finnland gebaut werden. Im Jahr 2002 beschloss das finnische Parlament grundsätzlich den Neubau eines AKWs zu befürworten. Die Bevölkerung durfte sich an dieser Entscheidung nicht beteiligen, obwohl sich nach Meinungsumfragen 70% der Bevölkerung für ein solches Referendum aussprachen. Im Dezember 2003 wurde zwischen dem finnischen Atomkraftwerksbetreiber TVO und der Siemens-Beteiligungsgesellschaft Framatome der Vertrag über den Bau eines neuen Atomkraftwerks vom Typ EPR am Standort Olkiluoto unterzeichnet. In Olkiluoto, wo es bereits zwei Reaktorblöcke und das finnische „Versuchs-Endlager“ für hochradioaktiven Atommüll gibt, wurde bereits mit den Rodungsarbeiten begonnen. Das Genehmigungsverfahren für den EPR in Olkiluoto ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Von den 18 MinisterInnen in der jetzigen finnischen Regierung haben im Jahr 2002 als Parlamentarier 11 gegen den AKW-Neubau gestimmt.

Die französische Regierung entschied im April dieses Jahres, in der Energiepolitik für die kommenden drei Jahrzehnte auf den EPR zu setzen. Die in die Jahre gekommenen französischen AKWs sollen gleich im Dutzend durch AKW-Neubauten vom Typ EPR ersetzt werden. Diese Entscheidung wurde Anfang Mai im sogenannten „Energiegesetz“ festgeschrieben. Als einer der ersten Standorte ist das AKW Penly am Ärmelkanal im Gespräch – eine Region mit wenig politischem Widerstand.

Auch in der Schweiz wurde die Debatte um den AKW-Neubau begonnen. Angesichts der unter extrem ungleichen Bedingungen geführten Abstimmungen über den Atomausstieg und das Moratorium zum AKW-Neubau (beide verloren die AtomkraftgegnerInnen) forciert die Schweizer Atomindustrie den Bau des EPR, um die veralteten

AKWs Mühleberg und Beznau zu ersetzen. So sollen auch künftig riesige Gewinne aus dem Stromexport in die Schweiz fließen.

In der Türkei erklärte der Energieminister Hilmi Güler im Mai, die Planungen für ein AKW-Neubau jetzt wieder aufleben zu lassen. Zur Zeit werden die Bedingungen für eine entsprechende Ausschreibung ausgearbeitet. Möglicher Standort ist weiter Akkuyu an der Mittelmeerküste – ungeachtet auch der Bedenken bezüglich des Risikos von Erdbeben.

In Deutschland wartet die Atomindustrie auf den Regierungswechsel. Führende CDU/CSU-Politiker wie Erwin Teufel oder Edmund Stoiber kündigen vehement an, den „Ausstieg aus der Kernenergie“ nach der Bundestagswahl 2006 rückgängig zu machen. Auch hierzulande muss spätestens dann mit Plänen um den Ersatz alter (d.h. sich wirtschaftlich nicht mehr rechnender) AKWs durch den „modernen, sicheren und nachhaltigen“ EPR gerechnet werden.



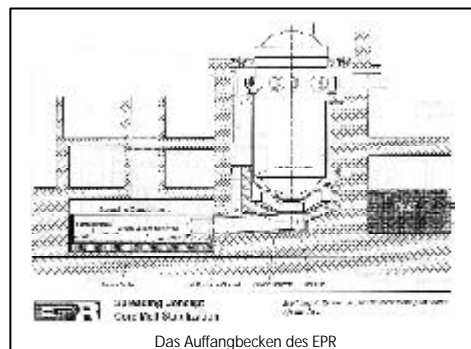
Die Gefahren des Euroreaktors EPR

Auch der neue EPR-Reaktor ist an jedem Standort gefährlich und abzulehnen

- Auch er produziert Atommüll, der eine Million Jahre sicher gelagert werden muss.
- In jedem AKW entsteht in einem Jahr für jedes Megawatt elektrischer Leistung ungefähr die kurz- und langlebige Radioaktivität von einer Hiroshima Bombe. Pro Euroreaktor à 1600 MW ist das im Jahr die Radioaktivität von 1.600 Hiroshima Bomben. Und überall, wo Menschen arbeiten, gibt es auch unvorhersehbare Fehler.
- Der Euroreaktor ist groß statt sicher. Die elektrische Leistung von 1600 Megawatt stellt nach Ansicht der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) eine Abkehr von der einst geforderten „inhärenten Sicherheit“ dar. Doch um die Stromkosten nicht völlig ausufern zu lassen, setzt man bei Siemens und Areva „mehr auf supergroß als auf supersicher“.
- Der EPR verfügt nicht über genügend passive Sicherheitssysteme, sondern setzt immer noch auf störanfällige Armaturen und Pumpen mit Motorantrieb, die bei einem Ausfall der Stromversorgung versagen.
- Besonders brisant ist der Einsatz von digitaler Leittechnik, die in der BRD bisher nicht im hochsensiblen Reaktorschutz angewendet wird. Bereits beim Einsatz in weniger sensiblen Bereichen führte diese Technik im Mai 2000 im AKW Neckarwestheim zu gefährlichen Vorkommnissen (Einfahren der Steuerstäbe in den Reaktorkern für kurze Zeit blockiert).
- „Die wesentliche Neuentwicklung des Europäischen Druckwasser-Reaktors ist ein Auffangbecken, in das - im Falle einer Kernschmelze - diese abfließen und gekühlt werden soll. Die IPPNW hält auch dieses zentrale Sicherheitssystem für nicht überzeugend. Einerseits müsste das Becken absolut trocken sein, wenn sich die Schmelze darin ausbreiten soll, weil es sonst zu gefährlichen Dampfexplosionen kommen könnte. Andererseits müsste zur Kühlung der Kernschmelze diese anschließend gezielt mit Wasser bedeckt werden, was aber die gefürchteten Dampfexplosionen geradezu herbeiführen kann.“ (Zitat IPPNW)
- Auch für den EPR werden Menschen in Uranbergwerken und durch radioaktive Emissionen in der Umgebung von AKWs,

Wiederaufarbeitungsanlagen und Urananreicherungsanlagen sterben.

- Der EPR gibt, wie jedes AKW, auch im so genannten Normalbetrieb radioaktive Stoffe an die Umwelt ab.
- Der Euroreaktor als geplanter Exportartikel erhöht die Gefahr, dass neue Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Wer AKWs betreibt, kann auch Atombomben bauen. So gefährden EDF, EnBW, Siemens und Areva für kurzfristige Gewinne die Menschen in der ganzen Welt.



- Auch in einem Euroreaktor ist eine Kernschmelze möglich. „Siemens und Areva versuchten auf der Basis des ökonomisch Machbaren eine Lösung gegen die Gefahr eines Super-GAUs (schwerer Kernschmelzunfall mit massiver Freisetzung von Radioaktivität) zu finden; doch keine der geplanten technischen Vorkehrungen kann als 'Lösung' bezeichnet werden: So sind die Sicherheitsvorkehrungen innerhalb des EPR gegen eine unkontrollierte Kernschmelze allesamt auf „Niederdruckkernschmelzen“ ausgelegt. Ihre Funktionsfähigkeit ist sehr umstritten.“ (Zitat Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz - BBU)
- Die Planungen für den EPR begannen lange vor dem 11. September 2001. Einem jederzeit möglichen Terroranschlag könnten sie nicht standhalten. Ein Terroranschlag oder ein Reaktorunfall könnten große Teile Zentraleuropas dauerhaft unbewohnbar machen. Ein Land mit AKW's ist erpressbar.



Weitere Informationen zum EPR

- Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)
Körtestraße 10, D-10967 Berlin, Tel. 030-698074-0
www.atom-politik.de / www.siemens-boykott.de
- BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein
Wilhelmstr. 24 A, D-79098 Freiburg, Tel. 0761/ 3 03 83
www.bund-freiburg.de

Anti-Atom-Infos für die Region Neckarwestheim

- Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim
Wilhelmstr. 45/1, D-71638 Ludwigsburg, Tel. 07141 / 90 33 63
Aktuelle und grundsätzliche Informationen zum Thema Atomkraft, insbesondere zu den Neckarwestheimer Atomanlagen
Im Internet u.a.: Mailingliste / aktuelle Presseauswertung
<http://neckarwestheim.antiatom.de>

∴ Dieses Flugblatt kann beim Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand N. auch in grosser Stückzahl zum Verteilen bestellt werden ∴

Umweltfreundliche Atomkraftwerke ?!

Der Betrieb von Atomkraftwerken sei umweltfreundlich, da diese den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) bei der Stromerzeugung verringern würden. Dies behaupten verstärkt wieder die AKW-Betreiber und versuchen diese angebliche klimaschonende Stromerzeugung damit wieder zukunftsfähig zu machen. Die Aussage der Atom-Energiekonzerne und ihrer „Experten“ reduziert sich dabei nur auf die Frage: ein AKW selbst erzeugt kein Kohlendioxid und ist deshalb umweltfreundlich. Dies im Vergleich zum CO₂-Ausstoß von Kohle- oder anderen fossilen Kraftwerken. Moderne Gaskraftwerke, Kraft-Wärmekoppelung oder gar regenerative Energien werden zum Vergleich natürlich nicht herangezogen.

Die Kreislaufspirale

Woher kommt der Brennstoff Uran für ein AKW, was geht der Produktion der Brennstäbe voraus? Dies bleibt bei der Betrachtung der CO₂-Bilanz völlig ausgeschlossen. Entscheidend ist jedoch die gesamte atomare Kreislaufspirale. So benötigen beispielsweise allein die beiden Atomreaktoren in Neckarwestheim jedes Jahr 45 Tonnen an Uranbrennstäben. Dafür beginnt der Kreislauf der Zerstörung und Gefährdung bereits beim Erzabbau, der schon bei einem Gesteinsanteil von nur 0,1% durchgeführt wird. Die riesigen Fördermengen müssen dann anschließend zur Gewinnung des Erzes zerkleinert werden. Die zurückbleibenden großen Abraumhalden sind für viele Jahrzehnte eine strahlende Gefährdung und müssten eigentlich Luft- und Wasserdicht verschlossen werden. Hier beginnt bereits die Lüge von den umweltfreundlichen Atomkraftwerken. Was jeden Tag in Australien, den USA, in Afrika usw. stattfindet,

kann am Beispiel des früheren Erzabbaus der Wismut in Deutschland heute noch in den Todesraten der ehemaligen Bergarbeiter nachvollzogen werden. Damit nicht noch länger saniert werden muss, wurden für das ehemalige DDR-Fördergebiet extra die Grenzwerte der Bundesstrahlenschutzverordnung hochgesetzt.

Im Verlauf jeder Uranspirale werden immer Unmengen von Wasser, viel Energie und gefährliche Chemikalien benötigt. Es bleiben radioaktiv kontaminierte, lebensgefährdende Abfälle zurück und zusätzlich entstehen radioaktive Gase, die an die Umwelt abgegeben werden.

Atomkraft und die Umwelt

Umweltfreundliche Atomkraft ohne Kohlendioxid ist eine Lüge. Unter Bilanzierung aller Faktoren kam das Ökoinstitut zu dem Ergebnis, dass eine Kilowattstunde Atomstrom mindestens 28 Gramm Kohlendioxid voraussetzt. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur kommt ein AKW sogar auf bis zu 160 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Atomstrom.

Rechnet man bei den beiden Neckarwestheimer Atomreaktoren die Behälter für den Abfall hinzu, dann fällt nach AKW-Betreiberangaben eine jährliche Menge von 680 Tonnen an hochradioaktivem Abfall und 330 Tonnen sogenannter schwach- und mittelradioaktiver Abfall an. Der Erstere ist wegen seiner Strahlung noch Jahrtausende, der Letztere für mehrere hundert Jahre lebensgefährlich. Doch was hat den der Erzabbau, die Brennstoffspirale und der Verbleib des hochradioaktiven Abfalls mit dem Betrieb eines Atomkraftwerkes zu tun? Nichts natürlich - sagen die Betreiber!

Sofort abschalten

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt ca. 115 000 Megawatt (MW) installierte Strom-Kraftwerksleistung. Darunter sind die fossilen Hauptbrocken 33 % Atomstrom, 29 % Braun- und 25 % Steinkohle. Die höchste benötigte Strommenge (Spitzenlast) der Vergangenheit lag bei 74 000 MW. Rein rechnerisch könnten also alle AKW´s sofort abgeschaltet werden.

Atomausstieg und regenerative Energien

Von den regenerativen Energien hat die Windenergie inzwischen den Durchbruch erreicht und ihren Anteil an der Stromerzeugung in den letzten 5 Jahren verdreifacht. Über 15 000 tausend Windräder haben mit einer installierten Leistung von ca. 15 000 Megawatt im Jahr 2003 insgesamt 18,6 Milliarden Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom produziert. Dabei liegen die „flachen“ Bundesländer wie Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze, noch vor dem Küstenland Schleswig-Holstein. Das Argument, Windräder könnten nur auf Berggrücken Strom produzieren ist ein Märchen, das vorwiegend von der Atomloby verbreitet wird. Genauso wie die vielen tausend zusätzlichen Quadratkilometer an Fläche, um genügend Solarstrom anstatt der Atomkraftwerke zu haben. Um nur mit Fotovoltaik den Strombedarf zu decken, wären (bei einem 15%-igen Wirkungsgrad) für die benötigten Solarzellen gerade mal 10% der bereits bebauten Fläche in der Bundesrepublik notwendig! Allein das Potenzial der nach Süden ausgerichteten Dachflächen liegt bei 80 000 MW, möglich ist dies genauso an Fassaden und anderen bereits existierenden Flächen. Vom Wirkungsgrad ist die Kraft-Wärmekoppelung

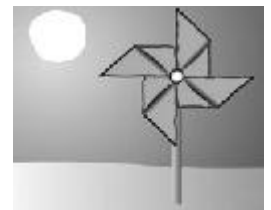
unschlagbar. Strom und Wärme erzeugende Blockheizkraftwerke erreichen einen bis zu 90% Wirkungsgrad. Zum Vergleich dazu: Großkraftwerke wie auch die Atomkraftwerke haben gerade mal 30 %!

Zentrale oder dezentrale Energieerzeugung?

Das ist die entscheidende Frage bei der zukünftigen Stromerzeugung. Zentral bedeutet, die bisherige Struktur der alten Großkraftwerke mit ihrem miserablen Wirkungsgrad einfach durch neue Großkraftwerke ersetzen. Dies wollen die vier großen Energiekonzerne der Bundesrepublik in den nächsten zwei Jahrzehnten erreichen, damit sie neben ihren Haupteinnahmequellen vor allem auch die politische Macht in der Energieerzeugung behalten. Die Sonne, der Wind stehen kostenlos zur Verfügung. Die technischen Möglichkeiten, allein über regenerative Energien den gesamten Strombedarf zu decken, sind vorhanden. Dann findet die Stromproduktion hauptsächlich dezentral, auf lokaler und kommunaler Ebene statt.

Dieser Weg wird möglich sein, wenn wir ihn politisch gegen den Willen der Energiekonzerne und in ihren Diensten stehende Politiker durchsetzen.

Ein Startschuss für jede/n, etwas persönlich dafür zu tun, ist der Wechsel des Stromanbieters zu einem regenerativen Produzenten.





Unter dem Motto "Eine Million EuropäerInnen verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" starteten Organisationen aus ganz Europa am Tschernobyl-Gedenktag (26. April 2004) eine Unterschriftenaktion.

Europäische Petition

"Eine Million EuropäerInnen verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie"

An die EU-Kommission,
an die Abgeordneten im Europäischen Parlament,
an die Staats- und Regierungsoberhäupter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
an die Abgeordneten in den nationalen Parlamenten und in den Landtagen

Als UnterzeichnerIn dieser Petition fordere ich Sie auf, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen folgende Punkte umzusetzen:

- **Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!**
- **Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt – der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!**
- **Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!**
- **Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!**

Nur die Umsetzung dieser Maßnahmen ermöglicht uns gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung vorzugehen!

online unterschreiben: www.atomstopp.com/1million/

Ihr Name, Postleitzahl und Wohnort werden auf der Website der 1-Million-Unterschriften-Kampagne (www.atomstopp.com) veröffentlicht. **Bitte in Druckbuchstaben/leserlich schreiben!**

Name	Strasse	PLZ	Ort	Unterschrift

Die Unterschriften werden von April 2004 bis zum 26. April 2005 gesammelt!
Das Ergebnis der Unterschriftenaktion wird medienwirksam veröffentlicht werden.

Bitte zurückschicken an:

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg
Infos im Internet: <http://neckarwestheim.antiatom.de> * Tel. 07141 / 90 33 63